



Pressemitteilung 06/2010

München, 17.05.2010

## DRAMATISCHE FINANZSITUATION DER BAYERISCHEN GEMEINDEN

### Brandl: Wir brauchen einen Rettungsschirm für die Kommunen

„Jetzt muss der Freistaat Bayern helfen. Auch Bayerns Gemeinden und Städte brauchen einen Rettungsschirm“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl auf einer Pressekonferenz heute in München. Er stellte die Ergebnisse einer Umfrage des Bayerischen Gemeindetags bei seinen 2.018 Mitgliedern vor. „Jetzt schlagen die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise voll auf die Gemeinden durch. Teilweise dramatisch sinkende Steuereinnahmen bei gleichzeitig rasant steigenden Ausgaben können in den kommenden Jahren nicht verkraftet werden“, sagte Brandl. „Ich appelliere dringend an die Bayerische Staatsregierung, den Kommunen tatkräftig zu helfen.“

### Im Einzelnen forderte der Gemeindetagspräsident:

1. Die zahlreichen Förderprogramme, von denen auch die Kommunen profitieren, dürfen weder in ihren Voraussetzungen, noch in ihrem Volumen eingeschränkt werden.
2. Der Freistaat Bayern darf eigene Einnahmeverluste nicht dadurch ausgleichen, dass er beim kommunalen Finanzausgleich spart. Notfalls muss er selbst eine höhere Verschuldung in Kauf nehmen.
3. Die strengen Kreditaufnahmekriterien müssen zu Gunsten der Gemeinden gelockert werden. Als letzte Möglichkeit muss einer Gemeinde eine bessere Refinanzierung am Kreditmarkt ermöglicht werden.

Die Auswertung der Umfrage des Bayerischen Gemeindetags zur Finanzsituation der Kommunen hat ergeben, dass die Erwartungen der bayerischen Gemeinden an die weitere Entwicklung ganz überwiegend als düster eingeschätzt werden. Fast zwei Drittel der Kommunen befürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Lage. Und 45 Prozent der Gemeinden werden aus ihren laufenden Einnahmen nicht nur die notwendigen Mittel zur ordentlichen Tilgung der in den vergangenen Jahren aufgenommenen Verbindlichkeiten erwirtschaften können.



Ursache sind zum Einen die wegbrechenden Einnahmen, namentlich bei der Gewerbesteuer, die im vergangenen Jahr um rund 1 Milliarde Euro zurückgegangen ist und bei der Einkommensteuerbeteiligung, die im laufenden Jahr ca. 900 Millionen Euro niedriger ausfallen wird. Zum Anderen steigen die Ausgabenverpflichtungen der Gemeinden in erster Linie im sozialen Bereich einschließlich Kinder- und Jugendhilfe ungebremst weiter. Die Gemeinden haben also ein Einnahmen- **und** Ausgabenproblem. Brandl: „Die Bayerische Staatsregierung kann dieser Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Sie muss den Gemeinden unter die Arme greifen. Sonst müssen sich die Bürgerinnen und Bürger auf harte Einsparmaßnahmen ihrer Gemeinden einrichten. Das will niemand.“